

Überfordert und entscheidungsschwach – zu viele Baustellen im Dezernat V

von Katharina Krefft



Jugend, Soziales, Gesundheit und Bildung sollte das Dezernat V noch kürzlich heißen. Durch Widerstände aus dem Stadtrat wurde der Plan fallengelassen. Eines von vielen Beispielen, das bezeichnend ist für das Vor und Zurück im Hause von Bürgermeister Professor Fabian.

Die aktuelle Herausforderung des Dezernates ist die Schulnetzplanung. Mit der Verdopplung der Kinderzahl seit 1995 kommt nun eine Welle von Schulan-

fängerInnen, derer die Stadt gerade nicht mehr Herr wird. Zwar wurden diese Kinder vor sechs und mehr Jahren geboren, und das hätte wenigstens als Kita-Platz-Knappheit sichtbar werden können. Doch im Schulverwaltungsamt begnügte man sich mit dem akribischen Sammeln von Datenmaterial.

Im September 2010 wurde die Verantwortung für die Schulen Jugendamtsleiter Haller dann zusätzlich übergeben und so das große Amt für Jugend,



INHALT

Clusterstrategie, der vermeintliche Geheimtipp	3
Jugendhilfe auf Kurs	4
Doppischer Haushalt - eine Erläuterung	5
Kreativwirtschaft auf Vormarsch	8
Fanprojekt – Trägerwechsel nötig	10
Heike König – Stadträtin!	11
Demoverbot als Notlösung	12
Radweg oder Straße?	13
Ein Jahr als Assistent – ein Resümee	14
Ratsspiess	15
Ratsreporter Rudi	15

Familie und Bildung geschaffen. Trotz mehr Schwung bleibt der Fortschritt eine Schnecke. Das lag nicht am Willen der Akteure. Unter enormem Zeitdruck wurde nun gemeinsam mit den StadträtInnen die neue Schulnetzplanung erarbeitet, die dann monatelang ihre Runden in der Oberbürgermeister-Dienstberatung drehte. Mit vereinter Kraft erstritten die zuständigen StadträtInnen wenigstens die rechtzeitige Einbringung vor der Haushaltsberatung. Was brächte die beste Schulnetzplanung, wenn sie sich nicht in

„Wie kommt man zu einer abgestimmten Planung zum Lärmaktionsplan, die wirklich hält, was von ihr gefordert ist“, fragt Roland Quester ganz grundsätzlich und stellt Qualität und Entwicklungsstand des Planes in Frage – zu finden auf Seite 6

„Wie korrigiert man eine Legende?“ fragte Leipzigs Internetzeitung und bezog sich auf den Vorschlag, den Thälmann-Platz in Volkmarshorfer Markt zurück zu benennen. Ingo Sasama steuert Sachgründe bei – zu finden auf Seite 7

„Wie konnte es zum ‘Scheitern’ des Schauspielintendanten Hartmann kommen“ fragt Fraktionschef und Kulturexperte Wolfram Leuze und betrachtet, welche Rolle das städtische Umfeld in diesem Prozess gespielt hat – zu finden auf Seite 9

der Investitionsplanung niederschläge? 30 Mio. € wurden angesetzt, um im nächsten Jahr Kapazitäten in Schulen zu schaffen, Grundstücke zu sichern und Planungen vorzubereiten.

Was kann man für dieses Geld bauen? Kritisch diskutiert werden die sehr verschiedenen Baukosten durch uns schon lange, aber erst jetzt gibt es auch Unterstützung aus der Kämmerei. Von Leipziger Kitas sind Baukosten von bis zu 27 T € pro eingerichteten Platz bekannt, während im Umland oft 9 T € ausreichen.

Eine weitere Story ist die Asylbewerberunterkunft. Die Schließung des Heimes Torgauer Straße wird kommen, auch wenn sie inzwischen um mehr als zwei Jahre verschoben wurde. Damals wurde der Stadtrat – gegen unsere Stimmen – genötigt, für die neue Unterkunft einer Systembauweise zu stimmen, wegen der dringenden Eile. Ein Jahr später wurde unser Antrag beschlossen, AsylbewerberInnen weitestgehend dezentral unterzubringen und dazu Einrichtungen mit maximal 40 BewohnerInnen zu bilden. Für die Konzepterstellung schlugen wir vor, die AkteurInnen der Flüchtlingsarbeit einzubeziehen. Das wurde auf Gegenrede von Professor Fabian abgelehnt. Die Vertreter wurden dann doch eingeladen und tagen seither monatlich. Immerhin liegen nun entscheidungsreife Vorschläge vor, und wir werden ein offensives Vorgehen für die Unterbringung von hilfebedürftigen Menschen mittragen, schließlich geht es nicht um einen Industriebetrieb!

Zuletzt zu einer teuren Baustelle: dem Städtischen Eigenbetrieb Behindertenhilfe (SEB). Jahrelange Misswirtschaft war nicht aufgefallen, denn die Zahlen stimmten unterm Strich. Es ist versäumt worden, genauer hinzusehen. Aus dem Betrieb selbst erreichten uns leider keine Hinweise. Dem Kommunalen Sozialverband als Kostenträger war es vielleicht recht, die Wirtschaftsprüfer hatten andere Schwerpunkte. Allen anderen, auch dem Betriebsausschuss, kam es nicht in den Sinn, dass hier jahrelang die Fachkraftquote unterschritten wurde, um Eigenmittel für den Neubau dreier Wohnheime als Ersatz für das Wohnheim Riebeckstraße zu erwirtschaften. Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel. Doch anstatt die Betriebsleiterin zügig ihrer Aufgaben zu entbinden, wurde ein Jahr gewartet. Dann kam der interessante Vorschlag, den SEB in die Städtischen

Neues aus dem Stadtrat

Mehr Demokratie: Stadtbezirksbeiräte sollen Ortschaftsräte werden

Die Ortschaftsverfassung soll mit der kommenden Kommunalwahl im gesamten Stadtgebiet eingeführt, das Stadtgebiet dazu in Ortschaften gegliedert werden – das haben wir beantragt.

Mit der Einführung der Ortschaftsverfassung, als Alternative zur 1995 eingeführten Stadtbezirksverfassung, sollen nach unserem Willen die Beteiligungsmöglichkeiten der Beiräte auf Stadtteilebene erheblich gestärkt werden. Insbesondere für die beschlossene, faktische Umsetzung des Bürgerhaushaltes ist die Einführung der Ortschaftsverfassung nötig.

Ortschaftsräte haben durch die Sächsische Gemeindeordnung (§ 65-69) erweiterte Mitbestimmungsrechte und stärken durch ihr Antrags- und Beratungsrecht die Arbeit des Stadtrats und die Identifikation der BürgerInnen mit dem Stadtteil und damit mit der Stadt Leipzig insgesamt. Diese und andere Rechte sind den Stadtbezirksbeiräten nach Gesetz verwehrt. Mit dieser Regelung würden auch die durch Eingemeindung entstandenen Ortschaftsräte dauerhaft weitergeführt. Die Verwaltung soll dem Stadtrat bis Mitte 2012 einen Organisationsvorschlag und einen Zeitplan zur Einführung der Ortschaftsverfassung unterbreiten.

Altenpflegeheime (SAH) einzugliedern. Mit dem Widerstand der Belegschaft des SEB, erst vereinzelt, dann konzertiert, bekam das Rathaus Muffensausen. Nur das drohende Liquiditätsproblem sorgte für Tempo. Alternativvorschläge unsererseits wurden weggewischt. Letztlich wurde der Druck zu groß, Professor Fabian überraschend die Bremse und verkündete die Fortführung des Betriebes mit einem neuen Betriebsleiter, dem bisherigen stellvertretenden Sozialamtsleiter. Ich bin mir sicher, wäre die Entscheidung bereits vor einem Jahr getroffen worden, wäre kein Defizit von 700 T € angelaufen!

Entscheidungsschwäche an der Spitze bedingt teure und unnötige Verzögerungen. Der mangelnde Rückhalt durch den Oberbürgermeister lässt das größte Dezernat der Stadt wie ein welkes Herbstblatt durch die Gefährdungen der Bundes-, Landes- und Stadtpolitik treiben. Es reicht eben nicht, nur die bunte Fahne der Familienfreundlichkeit zu hissen.

Grüne feiern Wiedereröffnung der Rennbahnbrücke

Mit Infostand, Biokaffee und -kekken haben wir die Wiedereröffnung der Rennbahnbrücke gefeiert. Diese war Ende März plötzlich und unangekündigt gesperrt worden. Nach dreimonatiger Sanierung steht die Rennbahnbrücke als wichtige Fuß- und Radverkehrsverbindung zwischen Leipziger Westen und Süden seit Anfang Juli wieder zur Verfügung.

Zur Eröffnung versammelten sich trotz schlechten Wetters zahlreiche Mitglieder von Bündnis 90/Die Grünen, um die Passanten mit Kaffee und Keksen zu versorgen. Auch fünf Stadträte nahmen an der Aktion teil. Stadtrat Roland Quester hatte nach Schließung der Brücke schnell, vehement und vor allem gut begründet die schleunige Sanierung gefordert. Auch die Verwaltung hatte nach kurzem Zögern die Bedeutung der Brücke eingesehen und dann umgehend gehandelt. Außerdem hatte sie aus der schlechten Informationspolitik bei der Sperrung ohne Ankündigung und Informationen über Grund und Dauer der Sperrung die richtige Konsequenz gezogen und die BürgerInnen durch Aushänge an der Brücke über den Eröffnungstermin informiert.



Antrag: Online-Plattform für E-Petitionen

Ein modernes Petitionsrecht erfordert einen bürgerfreundlichen und unbürokratischen Zugang zum Petitionsausschuss der Stadt. Daher haben wir beantragt, dass die Stadt eine Online-Plattform für E-Petitionen einrichten soll. Dort könnten künftig Petitionen eingegeben werden. Außerdem soll dabei auch die Möglichkeit der Online-Mitzeichnung von Petitionen durch andere BürgerInnen geschaffen werden.

Die Online-Petition stellt für die Petenten eine weitere Möglichkeit für direkte Bürgerbeteiligung, Bürgerfreundlichkeit und Transparenz dar. Die elektronische Petition würde eine schnelle und transparente Verbindung der Bevölkerung zum Leipziger Stadtrat bieten. Sie würde zudem für mehr Aufmerksamkeit für das Webportal der Stadt Leipzig sorgen.

Bündnisgrüne Wirtschaftspolitik – geht das?

von Ansgar Maria König



Die Wahl in Berlin brachte wieder einmal Zuwächse für unsere Partei, nach Baden-Württemberg und Mecklenburg-Vorpommern zeigen alle Wahlergebnisse: Bündnisgrüne Themen stehen hoch im Kurs. Der Wähler honoriert jahrelange Beharrlichkeit – uns wird viel zutraut. Was bedeutet dies nun für bündnisgrüne Kommunalpolitik?

Kommunalpolitik funktioniert anders als Landes- oder Bundespolitik, es sind nicht die großen Themen, die gesetzgeberischen Aktivitäten, die den politischen Alltag bestimmen, sondern deren praktische Umsetzung. Auch wenn Umweltpolitik immer noch zu den Kernthemen grüner Politik gehört, reicht es schon längst nicht mehr aus, in diesem Politikfeld kompetent zu sein. Auch in den anderen Bereichen sind wir fit und verfolgen unseren besonderen bündnisgrünen Ansatz. Das müssen wir den Bürgern mehr vermitteln.

Nehmen wir das Thema Wirtschaftspolitik. Was unterscheidet uns von anderen Parteien? Kommunale Wirtschaftspolitik beschränkt sich allzu oft auf Wirtschaftsansiedlungen um jeden Preis. Für Wirtschaftsförderung ist erst einmal jede Partei. Bündnisgrünes Profil können wir hier nur durch Schwerpunktsetzung zeigen.

Das jetzt, und wieder einmal viel zu spät, vorliegende Konzept zur Clusterförderung ist ein gutes Beispiel. Hier hat die Verwaltung eine Studie zu Grunde gelegt, ein umfangreiches Paket daraus gemacht und es als Handlungsgrundlage für die Wirtschaftsförderung der nächsten Jahre hingestellt. Bei näherem Hinschauen kann man daraus nur lesen, dass man viel fördern will, dabei sich aber weder qualitative noch quantitative Ziele vorgibt. Dass die zeitlichen Zielvorstellungen sich auf die

drei Kategorien kurz-, mittel- und langfristig beschränken statt konkrete Zeitpunkte (z. B. Quartale) zur Erreichung bestimmter Ziele festzulegen, verwundert dann kaum noch. Wenn wir als bündnisgrüne Fraktion immer wieder darauf gedrängt haben, dass die Clusterstrategie der Stadt angepasst wird, dann hat dies den Hintergrund, dass bei immer knapper werdenden Kassen die Mittel gezielter eingesetzt werden müssen. Hierzu ist eine klare und aus unserer Sicht vor allem auch transparente Strategie notwendig.

Ich bin der Meinung, dass wir die Stärken unserer Stadt nutzen und weiterentwickeln sollten.

Ein Schwerpunkt muss das Cluster Medien- und Kreativwirtschaft sein. Gerade in diesem Cluster, verbunden mit Kunst und Kultur als Wirtschaftsfaktor, sehe ich die Identität unserer Stadt und ein großes Potenzial. Wenn es um Schwerpunktsetzung geht, sollten wir auf die Kreativwirtschaft setzen.

Selbstverständlich gehört es zu einer nachhaltigen Clusterförderung, alle Leipziger Cluster im Blick zu behalten, aber Cluster wie Energie- oder Automobilwirtschaft sind so strukturiert, dass sie nur wenig Steuerungsbedarf der Stadt haben. Die aktuelle Studie von Professor Kirchgeorg sieht gerade in der Kreativwirtschaft die größten Potenziale, aber auch den größten Organisationsbedarf. Hier sollten Mittel gezielt eingesetzt werden.

Beispielsweise muss endlich eine volle Stelle für einen Koordinator geschaffen werden. Das Vehikel, dies über das Projekt Creative Cities praktisch nebenbei mit zu erledigen, hat nachweislich nicht funktioniert. Gießkannenpolitik – laut der vorgelegten Strategie bekommt jedes Cluster 25 T € – wird nicht erfolgreich sein. Dazu ist die Summe zu gering.

Wir werden uns weiterhin dafür einsetzen, dass die Wirtschaftsförderung der Stadt klare Ziele definiert, wofür wir sie auch in Haftung nehmen können, und wollen dabei unsere Schwerpunkte nicht aus dem Blick verlieren. Bündnisgrüne Wirtschaftspolitik bedeutet für mich, dass Ansiedlungspolitik, Clusterentwicklung und Arbeitsmarktpolitik immer unter dem Gesichtspunkt von Nachhaltigkeit und Ökologie zu sehen sind. Hier gibt es noch viel zu tun.

Wanderausstellung zur Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit kommt nach Leipzig

Pünktlich zum Leipziger CSD wurde der Antrag Wanderausstellung „Ausgrenzung aus der Volksgemeinschaft – ‚Homosexuellenverfolgung in der NS-Zeit‘ nach Leipzig holen“ eingereicht. Die Ausstellung bietet einen Überblick über die nationalsozialistische Homosexuellenpolitik und Einblicke in die Schicksale verfolgter Homosexueller. Die Verwaltungsstellungnahme geht sogar noch über den Antrag hinaus: Die Ausstellung soll zum Anlass genommen werden, das Material im Staatsarchiv zu verurteilten Männern nach § 175 StGB aufzuarbeiten und damit die Ausstellung „mit einem regionalen Beitrag zu erweitern“. Dafür nehmen wir dann auch gerne in Kauf, dass die Ausstellung in Leipzig nicht wie beantragt für Januar 2012, sondern für Januar 2013 geplant werden soll. Im Übrigen wird auch die Ausstellung „Was damals Recht war ... Soldaten und Zivilisten vor Gerichten der Wehrmacht“, wie auf grünen Antrag vom Stadtrat Anfang 2010 beschlossen, in Leipzig vom 10. April bis 25. Mai 2012 in der unteren Wandelhalle im Neuen Rathaus gezeigt. Das Konzept für das Begleitprogramm wurde vom Förderverein „Dr. Margarete Blank“ e.V. erarbeitet.

Streit um Kulturraumgesetz geht weiter

Die Stadt Leipzig führt ein gerichtliches Verfahren gegen den Freistaat Sachsen mit dem Ziel, etwa 1 Mio. € weitere Kulturraummittel zu erhalten. Aufgrund eines Rechtsgutachtens beschloss die Ratsversammlung hinsichtlich der am 1. 1. 2011 in Kraft getretenen Änderungen des Sächsischen Kulturraumgesetzes die Durchführung eines Normenkontrollverfahrens vor dem Landesverfassungsgericht. Die Mehrheit des Stadtrates zeigte sich unbeeindruckt von der Warnung des sächsischen Kultusministeriums, die Klage der Stadt Leipzig könne dazu führen, dass das Gericht die generelle Zuteilung der Förderung hinterfragt und die Stadt am Ende vielleicht sogar mit weniger Geld dasteht, als sie bis jetzt bekommen hat. Das 1994 in Kraft getretene sächsische Kulturraumgesetz ist bundesweit einmalig. Es genießt als Instrument solidarischer Kulturfinanzierung auch über den Freistaat hinaus Anerkennung. Es stellt sicher, dass regionale Kultureinrichtungen vom Land mitgetragen werden. Leipzig erhält derzeit rund 35 % der Kulturraummittel.

Gegenwart und Zukunft der Kinder- und Jugendhilfe

von Annette Körner



Jugendhilfe und soziale Verantwortung sind heute Leipzigs Schwerpunktthemen mit den wohl größten abhängigen Zielgruppen. Es geht um Wohlergehen, Entscheidungs- und Entwicklungsfreiheiten. Im Blick sind nachfolgend aktuelle Fragen zu Bedürfnissen von Kindern und Jugendlichen:

In der Kinder- und Jugendförderung befindet sich die Neuplanung in der heißen Phase, im Kita-Bereich bestehen weiterhin Engpässe und zum Bildungs- und Teilhabepaket ist die Zahl der Antragstellungen bisher unzureichend (Informationen dazu siehe Kasten). Verwaltung und Stadtrat beraten zu Optimierung, Finanzierung, Verteilung von Mitteln und zum Ziel, durch Fachstandards eine hohe Qualität der Angebote zu sichern.

Der Jugendhilfeplan von 2007 kann nicht mehr fortgeschrieben werden. Im neuen Entwurf wird systematisch versucht, sogenannte „Leistungsbereiche der Kinder- und Jugendförderung“ zu charakterisieren, Leipzig neu in planbare Sozialräume aufzuteilen und sich auf aktuelle jugendpolitische Schwerpunktsetzungen zu einigen. Die Freien Träger der Jugendhilfe werden ebenso wie wir Stadträte einbezogen, ergänzt wird die Planung außerdem erstmalig auch durch Informationen zu Schulstandorten, Kitas und integriertem Stadtentwicklungskonzept (SEKO). Die Sozialraumorientierung mit Einbeziehung sämtlicher öffentlicher Angebote für die Zielgruppen lässt unstrittig einen umfassenderen Blick auf die Situation vor Ort zu.

Auch wenn der neue Fachplan nicht vor dem Frühjahr 2012 seine Beschlussfassung erreichen wird, so beeinflusst der Beratungsprozess m. E. wohl unweigerlich auch bevorstehende Beratungen in der Haushaltsdebatte. Deutlich wird das bereits hohe Niveau der Qualitätsprüfung

und Berichterstattung in der Kinder- und Jugendhilfe. Die Angebotsleistungen werden zudem den geltenden Forderungen insbesondere aus dem Sozialgesetzbuch (SGB) zugeordnet. Die folgende Aufzählung enthält keine Gewichtung der vielfältigen und unterschiedlich starken Leistungsbereiche, kann aber die Breite der zu fördernden Themen deutlich machen: Zur Kinder- und Jugendarbeit nach § 11 SGB VIII zählen die offenen Angebote und Treffs, die Spielmobile, das breite Feld der Jugendkulturarbeit, die Jugendmedienarbeit und internationale Jugendarbeit. Die geförderte Jugendverbandsarbeit beruht auf § 12

Abschluss an Mittelschulen und zu Bildungsempfehlungen für das Gymnasium. Aufgezählt werden Schulen, Sportstätten, öffentliche Kinderspielplätze, Kindertagesstätten und sämtliche Einrichtungen aus der Kinder- und Jugendförderung. Es folgen Fazit und Handlungsbedarfe, Hinweise zur Netzwerkarbeit und zu raumübergreifenden Leistungen. Noch sind eine Vielzahl von Fragen miteinander zu klären. Doch erkennt auch die neue Leipziger Jugendhilfeplanung Fachstandards weiter an und mahnt zugleich vor unzureichender Finanzierung. Diesem Problem müssen sich alle Verantwortlichen stellen.

Leistungen für Bildung und Teilhabe

Viele Leipziger Familien und Eltern wissen noch nicht, dass sie berechtigt sind, für ihre Kinder einen Antrag auf Unterstützung zu stellen für

- ▶ Schulausflüge und mehrtägige Klassenfahrten (tatsächliche Kosten),
- ▶ Schülerbeförderungskosten (Fahrkarte) und Schulbedarf für SchülerInnen (fester Geldbetrag),
- ▶ Lernförderung für SchülerInnen (Anbieterliste des Jugendamtes),
- ▶ einen Zuschuss zum Mittagessen (Eigenanteil der Eltern von 1 € pro Mittagessen) sowie

- ▶ die Teilhabe am sozialen und kulturellen Leben (Sport, Spiel, Kultur und Geselligkeit, z. B. für Beiträge in Sportvereinen oder eine Musikschule).

Berechtigt sind Leistungsberechtigte, die Arbeitslosengeld II/Sozialgeld (nach SGB II), Hilfe zum Lebensunterhalt/Sozialhilfe (nach SGB XII) oder Wohngeld bzw. Kinderzuschlag beziehen.

Informationen gibt es unter www.leipzig.de (unter Suchbefehl Bildung und Teilhabe), im Sozialamt, bei Bürgerämtern sowie bei Freien Trägern der Jugendhilfe.

SGB VIII. Zur Jugendsozialarbeit nach § 13 SGB VIII zählen Projekte der „arbeitsweltbezogenen Jugendsozialarbeit“, Jugendberatungsstellen, Schulsozialarbeit und Mobile Jugendarbeit/Streetwork. Einrichtungen zum Kinder- und Jugendschutz beruhen auf § 14 SGB VIII und die Angebote der Familienbildung auf § 16 SGB VIII.

Im Datenteil werden nachfolgend auf sieben neu gefasste Planungsräume bezogen der Bestand und mögliche Potenziale stadtteilübergreifend beschrieben. Es werden Angaben gemacht zum Durchschnittsalter, zu Anteilgruppen der Kinder und Jugendlichen, zur Arbeitslosenquote, zum Anteil ausländischer MitbürgerInnen, zum Anteil von SozialgeldempfängerInnen bei unter 15-Jährigen sowie Angaben zu JahrgangswiederholerInnen an Grundschulen, zu AbgängerInnen ohne

30 Millionen Euro für ein neues Rechnungswesen? Ja bitte!

von Malte Reupert



Die Stadt Leipzig ist wie alle Kommunen verpflichtet, vom althergebrachten kameralistischen Rechnungswesen auf die in der Wirtschaft übliche Doppik umzustellen. Dieses Projekt kostet die Stadt Leipzig – einschließlich der Einführung neuer Software – insgesamt etwa 30 Mio. €, von denen allerdings 24 Mio. € sowieso angefallen wären.

Bei dieser Summe liegt die Frage auf der Hand: Ist das wirklich sinnvoll? Und die Antwort lautet: Ja! Und zwar aus den folgenden Gründen:

1. Ein einheitlicher Standard schafft Transparenz und baut Verständnis-hürden ab.

Die öffentliche Hand muss nun nach dem System abrechnen, wie dies die Wirtschaft tut. Damit werden die öffentlichen Finanzen auch für Menschen mit wirtschaftlicher Ausbildung ohne Spezialisierung auf den öffentlichen Dienst sofort verständlich. Auch wir StadträtInnen

ohne Verwaltungshintergrund haben es so viel leichter, die städtischen Finanzen zu erfassen. Vielleicht ist das mit der Euro-Einführung vergleichbar: Das lästige (und im Rechnungswesen viel kompliziertere) Umrechnen der Währungen entfällt.

2. Endlich: Das städtische Vermögen in Sachwerten und Forderungen wird erfasst und den Verbindlichkeiten gegenübergestellt.

Für ein Unternehmen undenkbar: Bisher hatte die Stadt Leipzig nur einen ganz vagen Überblick über ihr Vermögen und dessen Wert – eigentlich eine Grundvoraussetzung für ein verantwortliches Arbeiten in der Größenordnung der Stadt Leipzig. Dies wird nun auf einen Blick sichtbar in der Bilanz und den Verbindlichkeiten – und zwar nicht nur den klassischen Schulden, sondern auch den eingegangenen Verpflichtungen (z. B. Pensionsrückstellungen).

3. Gut oder schlecht gewirtschaftet: für jeden sichtbar

Der alte, nur die Geldströme abbildende „Haushaltsausgleich“ wird durch die „Erfolgsrechnung“ abgelöst: Unterm Strich ist sichtbar, ob wir mehr Werte verbrauchen als schaffen, also ob wir für die Zukunft sorgen oder auf Kosten kommender Generationen, also über unsere Verhältnisse, leben. Letzteres war in Leipzig in den letzten Jahren meistens der Fall – sichtbar allerdings nur für eingeweihte Fachleute.

4. Der „Konzern“ Stadt Leipzig wird rechnerisch konsolidiert.

Bisher haben die städtischen Unternehmen, Eigenbetriebe und Beteiligungen dop-pisch und die Stadt kameral abgerechnet. Dies hat Tür und Tor geöffnet für allerlei kosmetische Tricks, um desolate städtische Haushalte zu kaschieren – meist auf Kosten der Stabilität der Betriebe. Davon hat Leipzig sehr ausgiebig Gebrauch gemacht. Realistischerweise wird damit nicht von einem Tag auf den anderen Schluss sein. Es wird jedoch in einer Reihe von Fällen offensichtlich und erschwert.

Weiterhin ist es zur Einschätzung von Solidität und Verschuldungsgrad notwendig, die Stadt mit allen selbstständigen Funktionseinheiten gemeinsam zu betrachten.

5. Was kostet wie viel? Endlich kommt Licht ins Dunkel!

Was kostet der Betrieb der Schule XY im Jahr? Wie viel kostet eigentlich die Sportverwaltung im Verhältnis zu den direkten Sportzuschüssen an Vereine? Ist die Gehaltsabrechnung im Personalamt billiger oder teurer als in einem freien Lohnbüro? All das lag bisher im Dunkeln. Auch dieser Zustand ist aus der Sicht der Praxis in der Wirtschaft absolut untragbar – schon ein kleines mittelständisches Unternehmen könnte so unmöglich arbeiten. Es ging in der Rathauspraxis sogar so weit, dass – je nach dem gewünschten Ergebnis der Beratungen – manchmal alle, manchmal aber auch nur ein Teil der Kosten in den Unterlagen einer Entscheidungsvorlage erschienen. Diese indirekte Manipulation von Entscheidungsgremien wird jetzt zumindest erschwert. Denn sukzessive muss nun eine vollständige Kostenrechnung eingeführt werden.

6. Effektiv oder nicht? Spitze, Mittelfeld oder viel zu teuer?

Mit Hilfe der produktgenauen und vollständigen Kostenabrechnung und -planung kann nun die Leistungsfähigkeit der Leipziger Verwaltung sehr viel schneller und ohne teure GutachterInnen mit der in Dresden, Erfurt oder Köln verglichen werden. Auch der Vergleich mit Prozessen und Kosten in der Wirtschaft wird möglich, denn in gar nicht wenigen Teilbereichen (siehe das Beispiel Gehaltsabrechnung) ähneln sich Aufgaben und Prozesse in öffentlicher Verwaltung und in Betrieben. Hier eröffnet sich ein großes Potenzial, voneinander zu lernen.

Fazit:

Ich finde, für diese Vorteile lohnt es sich, die 30 Mio. zu investieren und den VerwaltungsmitarbeiterInnen die zusätzlichen Mühen der technischen und mentalen Umstellung aufzubürden, zumal im Bereich Computertechnik und Kostenrechnung ohnehin erhebliche Investitionen und Anpassungen notwendig gewesen wären.

Allerdings ist die Einführung der Doppik nur der erste Schritt zu einer modernen und gläsernen Finanzabrechnung und Planung:

Die Stadt Leipzig sollte in Zukunft alle verdeckten Zuschüsse und Begünstigungen in den Haushalt einstellen und aufbauend auf der Kostenrechnung ein umfassendes Controlling- und Steuerungssystem etablieren, so wie dies jedes mittlere und erst recht große Unternehmen hat.

Neues aus dem Stadtrat

2015 feiert die Stadt „1000 Jahre Leipzig“

Der Stadtrat fällte den Grundsatzbeschluss, im Jahr 2015 den 1000. Jahrestag der Ersterwähnung Leipzigs in „einer angemessenen Form“ zu begehen. Oberbürgermeister Jung wurde beauftragt, zur Vorbereitung des Jubiläums ein Kuratorium unter seinem Vorsitz einzuberufen. Dem Kuratorium wird zusätzlich ein Festkomitee zur Seite gestellt. Kuratorium und Festkomitee sollen sich im IV. Quartal 2011 konstituieren. Vorsitzender des Festkomitees und damit offiziell „Leipzig 2015-Beauftragter“ ist Finanzbürgermeister Bonew.

Musikpavillon im Clara-Park kann weiter Musikprogramm anbieten

Eine breite Stadtratsmehrheit beendete einen „Schildbürgerstreich“ der Verwaltung: Das angebotene Musikprogramm des Musikpavillons sei zu laut und nicht ordnungsgemäß, hieß es. Doch aufgrund der städtischen Polizeiverordnung sollte genau dieses aufgrund der Nutzung von Verstärkern plötzlich nicht mehr zum Angebot der Kultureinrichtung gehören dürfen. Das Publikum und der Betreiber des Pavillons protestierten. Mit Erfolg! Mit den Stimmen der bündnisgrünen Stadtratsfraktion wurde die Polizeiverordnung nun entsprechend geändert.

Zu viel Krach in Leipzig – Entwurf des Lärmaktionsplanes hilft nicht weiter

von Roland Quester



Lärm beeinträchtigt die Lebensqualität. Lärm ist gesundheitsschädlich. Deswegen müssen große Ballungsräume nach der EU-Umgebungsärmrichtlinie eine Kartierung der Lärmquellen ihres Gebietes vornehmen und – gemeinsam mit der Öffentlichkeit – einen Lärmaktionsplan erstellen, in dem sie Maßnahmen zur Lärminderung festsetzen. Die Kartierung hätte bereits bis Mitte 2007, die Aktionsplanung Mitte 2008 fertiggestellt sein müssen – der in Leipzig nun erst 2011 vorgelegte Entwurf ist auch noch unzureichend.

Unsere Fraktion hat mehrfach wegen der schleppenden Bearbeitung der Lärmkartierung und -aktionsplanung durch die Verwaltung interveniert, so mit Anträgen zur zielgerichteten Personal- und Finanzausstattung im unterbesetzten Amt für Umweltschutz. 2009 haben wir zudem in einer umfangreichen Stellungnahme die erheblichen Defizite des damaligen Arbeitsstandes aufgearbeitet und öffentlich gemacht.

Doch der größte Teil unserer vor zwei Jahren festgestellten Kritikpunkte wurde auch im veröffentlichten Entwurf 2011 gar nicht oder nur in Teilen behoben. So wurden z. B. weder flächendeckend für Leipzig Lärmkarten erstellt, noch wurden die Kosten des Lärms (vom Immobilienwertverlust bis zu Gesundheitskosten) erhoben und dargestellt. Die Planung von Lärminderungsmaßnahmen orientiert sich wiederum kaum an den Ergebnissen der

Lärmkartierung, sie ist in großen Teilen unkonkret, unverbindlich, unfinanziert, unvollständig und überholt.

Da eine Vervollständigung der Lärmkarten über das gesamte Stadtgebiet (sowie der bisher auch fehlenden Karten über den Fluglärm) rechtskonform bereits im kommenden Jahr und die Fortschreibung des Aktionsplanes dementsprechend 2013 erfolgen muss, ist der beabsichtigte Beschluss des vorliegenden ungenügenden Lärmaktionsplanes im Frühjahr 2012 durch den Stadtrat keine sinnvolle Handlung mehr. Zu diesem Zeitpunkt ist der Haushalt bereits verabschiedet, Maßnahmen, die nicht sowieso zur Realisierung vorgesehen waren, finden erst Eingang in den Haushalt 2013. Die Verabschiedung eines Planes, der mit seiner Verabschiedung wegen des immensen Zeitverzugs bereits wieder fortgeschrieben werden muss, bis dahin gar keine Wirkung entfalten kann und dessen Nichtbeschluss aufgrund des Fehlens von „eigenständigen“, d. h. nicht bereits an anderer Stelle verankerten Maßnahmen schadlos ist, stellt keinen Mehrwert dar.

Insbesondere ist auch der Bevölkerung ein Planungsverfahren, bei dem sie 2012/2013 erneut an einer Fortschreibung mitwirken soll, ohne dass Ergebnisse ihrer ersten Mitwirkung sichtbar werden konnten, kaum vermittelbar. Sinnvoll wäre es daher, mit im kommenden Jahr verbesserten Planungsgrundlagen die Lärmaktionsplanung ebenfalls zu qualifizieren und zu konkretisieren und nach einer zweiten Runde der erweiterten Bürgermitwirkung 2013 zu beschließen. Dies hat zudem den großen Vorteil, die Lärmaktionsplanung mit der ebenfalls für 2013 vorgesehenen Fortschreibung des Stadtentwicklungsplans Verkehr und einer dann wahrscheinlich anstehenden ersten Überprüfung des Luftreinhalteplanes koordinieren zu können und so zu einer abgestimmten Planung zu kommen.

Unsere Stellungnahmen von 2009 und 2011 sind zu finden unter www.gruene-fraktion-leipzig.de – Stellungnahmen und Positionspapiere. Lärmkarten und Entwurf des Lärmaktionsplanes unter www.leipzig.de – Bürger – Umwelt- und Naturschutz – Lärmschutz.

Neues aus dem Stadtrat



Stadt Leipzig saniert auf Intervention hin Brunnenanlage am Ringcafé

Im öffentlichen Grünstreifen am Ringcafé verfällt seit 2007 die Brunnenanlage. Mit einer Petition hatte eine Bürgerin erfolglos Veränderungen gefordert. Erst eine spitze Anfrage unserer Fraktion und die Presseberichterstattung offenbarten das Wunder: Bürgermeister Rosenthal will die Sanierung der Grünfläche einschließlich der Brunnenanlage 2012 durchführen. „Aufgrund der Bemühungen der Verwaltung habe eine vollständige Finanzierung über Mittel des städtebaulichen Denkmalschutzes erreicht werden können. Die Vorfinanzierung der geplanten Kosten für den ersten Bauabschnitt erfolge aus dem Programm ‚Städtebaulicher Denkmalschutz Leipzig Innenstadt‘ mit einem Anteil von 80 %. Bei planmäßigem Projektverlauf solle die Ausführungsplanung zur Ausschreibung der Maßnahme noch im Herbst 2011 stattfinden. Baubeginn wäre dann April 2012, Fertigstellung September 2012.“ (Protokollauszug Ratsversammlung)



Vorstoß „Vorschlagswesen zum ökologischen Verwaltungshandeln“ gescheitert

Mit einer Dienstvereinbarung sollten die MitarbeiterInnen die Möglichkeit haben, sich durch das Einbringen von Verbesserungsvorschlägen im Rahmen des ökologischen Verwaltungshandelns aktiv an einem Mehr an Umweltschutz in der Stadtverwaltung zu beteiligen. Leider ist dieser Antrag jetzt im Stadtrat mehrheitlich abgelehnt worden. Trotz grundsätzlich positiver Verwaltungsstellungnahme wollten die anderen Fraktionen uns diesen umweltpolitischen Erfolg wohl nicht gönnen. Wir werden aber nicht nachlassen und immer wieder auf mehr aktiven Umweltschutz im Verwaltungshandeln drängen.

Thälmann – eine Ikone ist gefallen!

von Ingo Sasama



Unsere Fraktion hat angeregt, den Thälmannplatz wieder in Volkmarisdorfer Markt rückzubenennen – ein Vorschlag, der mir unflätigste Beschimpfungen einbrachte. Zu Recht? Haben die Grünen keine anderen Aufgaben?

Haben Sie! Und sie nehmen sie weiter engagiert und ideenreich wahr. Allerdings ist es unserer Partei, die die Friedliche Revolution von 1989 besonders im Herzen und in ihrer Geschichte trägt, immer besonders wichtig, gegen Geschichtsfälschung und Legendenbildung der DDR anzugehen – wo immer wir auf sie treffen.

Der Volkmarisdorfer Markt trug seit der Eingemeindung von Volkmarisdorf 1923 diesen Namen, bis auf eine kurze Unterbrechung zur NS-Zeit als Horst-Wessel-Platz. Eine Benennung nach Ernst Thälmann, den die SED zu einem Helden stilisierte, scheint uns aufgrund der grundlegend veränderten Bewertung der Person und der geschichtlichen Rolle von Ernst Thälmann in den letzten Jahren und auch aufgrund von neu gefundenen Dokumenten, die bislang unbeachtet im Berliner Bundesarchiv schlummerten, nicht mehr gerechtfertigt.

Komprimiert zu den inzwischen breit anerkannten historischen Fakten und Bewertungen:

- ▶ Durch ein Autorenkollektiv wurde nach Parteauftrag 1979 die sogenannte Thälmann-Legende geschaffen, in der damals bewusst Geschichtstatsachen verfälscht, verkürzt und verdreht wurden.▶ Thälmann gehörte von Anfang an zu den Gegnern der damaligen Demo-kratie, äußerte bereits 1921: „Diesen Staat bekämpfen wir so lange, bis er nicht mehr als Staat existiert. Wir machen daraus absolut kein Hehl. Wir haben keine Veranlassung, in dieser oder jener Beziehung gegen diese oder jene Person schonend vorzugehen.“
- ▶ Entgegen der Legende hat Thälmann beim Hamburger Aufstand im Oktober 1923 während der Barrikadenkämpfe keine Rolle gespielt. (Historiker Sassing)
- ▶ Zahlreiche Persönlichkeiten der KPD, die wohl auch besser zu einer Analyse der Verhältnisse und zu den notwendigen Schlussfolgerungen für die KPD fähig gewesen wären, sind unter entscheidender Mitwirkung von Thälmann aus der Partei gedrängt oder mundtot gemacht worden. 1927 beklagte Clara Zetkin gegenüber Nikolaj Bucharin die „Kliquentreibereien“, die das ganze Parteileben vergifteten. Thälmann, „kenntnislos und theoretisch ungeschult“, sei in „kritikloser Selbsttäuschung und Selbstverblendung“ befangen, „die an Größenwahn grenzt“.
- ▶ Ab 1928 befand sich Thälmann, der nach einer Unterschlagungsaffäre seines Schwagers und politischen Leiters der Hamburger KPD, John Wittorf, nur durch ein Machtwort Stalins vor der Abwahl als DKP-Vorsitzender gerettet wurde, in der Hand des Sowjetführers.
- ▶ Die Kommunismusforscher Hermann Weber und Andreas Herbst attestieren Thälmann eine „verhängnisvolle Rolle“ innerhalb der Arbeiterbewegung. Er sei der Hauptverantwortliche für „die katastrophale ultralinke Politik der KPD von 1929 bis 1933 sowie die völlige Unterwerfung der KPD unter Stalin“ gewesen.
- ▶ Der Historiker Fuhrer merkt an, dass durch die Fixierung auf die Sozialdemokratie als Hauptfeind (Sozialfaschismustheorie) und die Unterschätzung des Nationalsozialismus er zumindest indirekt zum

Aufstieg der Hitler-Partei an die Macht beigetragen hat. Unter Thälmanns Leitung konzentrierte sich die KPD vor allem auf die politische Bekämpfung der SPD und nannte deren Mitglieder in Übereinstimmung mit Stalin „Sozialfaschisten“. Er schwächte so die SPD als wichtigsten Verteidiger der Demokratie durch den ständigen massiven Druck entscheidend. Thälmann bekämpfte die NSDAP nicht in gleichem Maße wie die SPD.

- ▶ Als er seinen Irrtum Mitte 1932 erkannte und der SPD eine „Antifaschistische Aktion“ und im Frühjahr 1933 kurz vor seiner Verhaftung einen Generalstreik vorschlug, war es bereits zu spät.
- ▶ Thälmann wartete vergeblich darauf, befreit zu werden. Im Sommer 1935 schrieb er in einem geschmuggelten Brief: „Warum seid ihr solche Schweinekerle und lasst mich hier im Stich“. Ein Befreiungsversuch war gescheitert, ein anderer von Stalin persönlich im letzten Augenblick abgelehnt worden.
- ▶ Zu seiner angeblichen Standhaftigkeit im Gefängnis, den Angeboten der Nationalsozialisten, ihn freizulassen, wenn er öffentlich dem Kommunismus abschwöre, wurde folgendes Zitat Thälmanns aus dem Oktober 1939 verschwiegen: „Wenn man mir heute oder morgen offiziell und positiv mitteilt, dass ich bestimmt in kürzester Zeit entlassen werde und ich unwider-ruflich damit rechnen kann, so bin ich bereit, eine solche Erklärung abzugeben.“

Ihm gebührt ohne Zweifel eine Würdigung als langjährig zu Unrecht Inhaftierter der Nazis, der in seiner Haft niemanden verraten hat. Ebenso dafür, dass er von den Nazis heimtückisch ermordet wurde. Dies jedoch rechtfertigt allein keine Benennung einer Straße oder eines Platzes. Nur hilfsweise könnte noch ein Leipzig-Bezug Anlass geben, der aber mit seinen Redeauftritten in Leipzig ebenfalls zu gering ist.

Ich bin persönlich überzeugt davon, dass es der Linkspartei nicht mehr lange gelingen wird, das verlogene Geschichtsbild zu Ernst Thälmann aufrechtzuerhalten, obwohl dies, wie die Reaktionen zeigen, noch tief in den Köpfen der Menschen verankert ist.

Schöne Wirtschaft

von Bert Sander (WVL)



In dem Ende 2008 vom LOFFT Leipzig uraufgeführten Stück „Leipzig für Anfänger“ sind es ein Esel, ein Hund und eine Katze (der Hahn ist schon über'n Jordan gegangen), die von Bremen kommend in Leipzig Liebe, Job, Bleibe, kurz, ihr Auskommen suchen. Sie probieren sich als Künstler bei Porsche, als Straßenmusikanten und Utopie-Verkäufer in den einschlägigen Fußgängerzonen.

Immer dabei: ein Bürgerchor, der durch die Stadt führt, vom abwechslungsreichen Leben in der Stadt erzählt und dabei auch alle Klischees von Bach über Logistikcluster bis BMW bedient. In der Realität steckt hinter den „Anfängern“ oftmals junges Volk, das zwecks Ausbildung oder Studium in die Stadt einzieht ...

So weit, so gut. Die Frage ist nur, was geschieht danach, was anfangen mit dem hier mühevoll erworbenen geisteswissenschaftlichen, kulturwissenschaftlichen, philosophischen Allgemeinwissen. Porsche? BMW? DHL? Weggehen? (Leider machen sich selbst im LOFFT-Stück Esel, Hund und Katze wieder aus dem Staub.) Oder doch bleiben? Im Refrain von „Leipzig für Anfänger“ heißt es: „Hier wird man zur Kreativität gezwungen.“ Und tatsächlich, Leipzig hat für die sogenannten AnfängerInnen, EinzelkämpferInnen, die sogenannten „Freelancer“, also für die „Kreative Klasse“ einiges zu bieten: Die Anfang dieses Jahres vom Leibniz-Institut für Länderkunde vorgestellte sogenannte SWOT-Analyse der Leipziger Kreativwirtschaft hebt hervor, dass der hiesige kreativwirtschaftliche Markt (hauptsächlich in Bereichen wie Design, Kunst, Malerei, Fashion, Film, Musik, Architektur und Fotografie) in eine „ausdifferenzierte Wissens- und Bildungslandschaft eingebettet ist“. Deren Institutionen umfassen die Universität, die Fachhochschule, meh-

rere außeruniversitäre Forschungszentren und verschiedene (Hoch-)Schulen für Musik, Kunst und Technologie. Darüber hinaus bietet Leipzig entscheidende äußere Bedingungen, die die Stadt als einen starken Standort für die Kreativwirtschaft geradezu prädestinieren: kostengünstige Räumlichkeiten, geringe Lebenshaltungskosten und eine vielfältige Kulturszene, die den Willen und die Fähigkeiten hat, „selbst organisierte Ressourcen“ zu entwickeln, und vor allem findet man in Leipzig zahlreiche Branchen, Leerstand, unbesetzte Territorien – wo noch einigermaßen alternativ bzw. selbstbestimmt gehaust werden kann. Zusammengefasst, der Boden also ist bereitet.

Inwieweit sich das städtische Dezernat für Wirtschaft und Arbeit mit eigenen Ideen an der Förderung dieser jungen Szene beteiligen wird, ist noch nicht klar absehbar. In der aktuellen „Analyse und Strategie der Clusterförderung“ vom 14. September 2011 formuliert das Amt unter dem Stichwort „Medien & Kreativwirtschaft“ Ziele wie: „Der Beteiligungsgrad (Revitalisierung von Akteuren), Zufriedenheitsgrad und Nutzen der am Clusterprozess beteiligten Akteure muss erhöht werden“, und die dementsprechende Handlungsempfehlung lautet dann wie folgt: „Aufstellung eines Clusterboards, in dem die Boardmitglieder die großen Teilbereiche innerhalb des Clusters repräsentieren.“ Wer so spricht, hat offensichtlich nur wenig mitzuteilen. Ein „Strategiefocus: Revitalisierung, Fokussierung, innen- und außengerichtete Profilierung“ ist jedenfalls nicht hilfreich oder erkenntnisfördernd, sondern schlicht und einfach zum Weglaufen. Ein Begriff, sei er auch noch so monströs, bedeutet allerdings noch keine Idee.

Es ist aber sicher begrüßenswert, dass das Amt die Kreativwirtschaft als ernsthaften wirtschaftlichen Faktor wahrnimmt und in seine politischen Strategien einzubauen versucht. Die Kunst wird aber darin bestehen, den zahlreichen, heterogenen Trägern der Kreativwirtschaft in ihrer jeweiligen Spezialisierung gerecht zu werden, d. h., ihnen nicht dadurch, dass man sie in einem Cluster bündelt, „ihre Individualität und Sichtbarkeit als Einzelne zu nehmen“ (SWOT). Diese kleinen Wirtschaftseinheiten funktionieren jedenfalls anders als die großen Kracher DHL, Porsche, BMW etc.

Viele der kreativen Initiativen und Ideen scheinen mehr aus Liebhaberei denn aus dem Ziel schneller Profitmaximierung heraus geboren zu sein. Reich geworden ist auf diesem Feld jedenfalls noch niemand. Die Kreativen haben viel Energie darauf verwendet, sich „in kleinen und hochspezialisierten Nischen zu platzieren, was in Zukunft insofern zu Problemen führen kann, wenn es um die Erschließung neuer Vertriebswege geht“ (SWOT). Diesbezüglich erste Abhilfe könnte hier leisten, dass Leipzig seit 2010 zum Netz der Creative Cities gehört. Auch die organisatorische und finanzielle Unterstützung von Auftritten der kreativen Manufakturisten etwa bei den Designer's Open oder bei der Leipziger Buchmesse, wo zusätzliche, überregionale Marktzugänge organisiert werden, wäre substanzielle Hilfe zur Selbsthilfe.

Neues aus dem Stadtrat

Akteneinsichtsausschuss beantragt

Im Zusammenhang mit dem Skandal zu Veräußerungen sogenannter „herrenloser Grundstücke“, in denen wohl Grundstücke ohne klaren Eigentümer unter Wert auf unklaren Wegen veräußert wurden, hat die Fraktion einen Akteneinsichtsausschuss zur umfassenden Aufklärung der Vorgänge durchgesetzt.

Der Ausschuss hat die Aufgabe zu klären, in welchen Fällen die Verwaltung ihren Pflichten bei der Recherche der Eigentümer herrenloser Grundstücke nicht ausreichend nachgekommen ist und so weit irgend möglich zu klären, warum dies nicht geschehen ist, wie die Auswahl der gesetzlichen Vertreter erfolgte und ob in diesem Zusammenhang überhöhte Honorare gezahlt wurden, ob im Zusammenhang mit den Veräußerungen der Verdacht begründet ist, dass es u. U. zu Bereicherungen von MitarbeiterInnen gekommen ist, und ob die Stadtverwaltung sowohl personell (arbeitsrechtlich) als auch strukturell (veränderte und verbesserte Kontrollmechanismen) alle notwendigen Schritte eingeleitet hat, um die Verantwortlichen unter Ausnutzung aller rechtlichen Möglichkeiten zur Rechenschaft zu ziehen bzw. ähnliche Probleme für die Zukunft zu verhindern. Mit dem Ergebnisbericht ist Ende des Jahres zu rechnen.

Zum „Scheitern“ von Schauspielintendant Sebastian Hartmann

von Wolfram Leuze



Matthäuspassion - Centraltheater

Als der Stadtrat im Jahre 2007 über die Verpflichtung von Sebastian Hartmann als neuem Intendanten für das Schauspielhaus beriet, habe ich auf das von mir begrüßte Wagnis seiner Verpflichtung hingewiesen. Ich hatte mir zuvor eine seiner Inszenierungen in Magdeburg angesehen und ahnte, dass Hartmann mehr bot und wollte, als das gute alte Stadttheater. Es war mir auch klar, dass Hartmann mit seinem Verständnis von Theater provozieren würde, vertraute aber auch auf die Aufgeschlossenheit und Streitfähigkeit des Leipziger Publikums.

Sebastian Hartmann hat bei seinem Amtsantritt im Schauspielhaus keinen Stein auf dem anderen gelassen. Aus dem Schauspielhaus wurde das Centraltheater, praktisch das gesamte Ensemble wurde ausgewechselt, seine Inszenierungen zeigten eine kühne, teilweise provozierende, auf jeden Fall bisher in Leipzig nicht gekannte Handschrift. Womit nicht zu rechnen war, war die Unversöhnlichkeit, mit der ein Großteil des bisherigen Publikums auf Hartmanns für Leipzig neue Theatersprache reagierte. Ich werde das erste Publikumsgespräch mit Hartmann im Rangfoyer des Centraltheaters nie vergessen, als die zumeist älteren TeilnehmerInnen weniger

an einer Aussprache, als an einem unversöhnlichen Scherbengericht über den Intendanten Hartmann interessiert waren. Dabei zeichneten sich – je länger, je mehr – die KritikerInnen Hartmanns dadurch aus, dass sie das Centraltheater nicht besuchten, sondern die von ihnen kritisierten Inszenierungen nur vom Hörensagen kannten.

Befeuert wurde diese nicht immer berechtigte und vor allem stets überzogene Kritik an dem Intendanten Hartmann noch von dem Leipziger Bürgermeister für Kultur. Dieser von den Linken gestellte Amtsträger gefiel sich mehr und mehr in der Rolle des städtischen Chefkritikers des Centraltheaters, und statt die Wogen zu glätten und einen Ausgleich zwischen KritikerInnen und Intendant zu schaffen, polarisierte Bürgermeister Faber noch zusätzlich und disqualifizierte sich damit in seiner Zuständigkeit für die großen Eigenbetriebe der Kultur selbst.

Dabei hat Sebastian Hartmann einen Teil der ihm bei seinem Engagement gesteckten Ziele durchaus erreicht. Mit seiner Verpflichtung gewann das Leipziger Theater wieder überregionale Aufmerksamkeit, und seine Inszenierungen erhielten in der bundesweiten Presse in der Regel positive Kritiken. Diese Aufmerksamkeit war nicht nur durch seine Inszenierungen bedingt, sondern auch durch ein hervorragendes Ensemble, welches Hartmann um sich sammelt hatte. In der eifernden Leipziger Debatte über die Unzulänglichkeit von Hartmanns Kunst für ein Stadttheater gingen diese positiven Aspekte ebenso völlig unter wie die Tatsache, dass es Hartmann gelungen war, ein junges Publikum für sein Theater zu gewinnen.

Mit der Nichtverlängerung seines Intendantenvertrages ist Sebastian Hartmann nicht an seinem Können, sondern an den Leipziger Verhältnissen gescheitert. Mit seiner Verpflichtung wollten Verwaltung und Stadtrat neue Impulse setzen und das Leipziger Schauspielhaus zu überregionaler Bedeutung zurückführen. In der Außendarstellung ist dies dem Leipziger Theaterchef gelungen, aus der Innensicht der Stadt soll er mit seinem Konzept gescheitert sein. Aber ist er das? Ist er nicht eher an der Ungeduld gescheitert,

Entwicklungen reifen zu lassen, und an der Unfähigkeit und Bereitschaft, sich mit neuen Entwicklungen auseinanderzusetzen?

Mit der Absage einer Verlängerung seines Intendantenvertrages mit Sebastian Hartmann hat die Stadt Leipzig jetzt ein Problem. Nach den Turbulenzen um den unglücklich agierenden Kulturbürgermeister und den personellen und inhaltlichen Querelen in der Oper ist jetzt auch das Centraltheater in diese Unstetigkeit mit einbezogen. Dieses andauernde Theater um das Theater macht Leipzig als Arbeitsplatz für Kulturschaffende nicht gerade attraktiver. Vielleicht sollte man in dieser Stadt auf allen Ebenen registrieren, dass der Anspruch, eine Stadt der Musen zu sein, nicht nur Anspruch, sondern auch Verpflichtung ist. Dieser Verpflichtung, die auch einen offenen Geist für neue Entwicklungen einschließt, wird Leipzig zur Zeit auf allen Ebenen nicht ohne Weiteres gerecht.

Stadtradeln:

Großer Dank des Teamkapitäns - AmpelGrün hat 10.461 km eingefahren Stadtradeln in Leipzig ist vorbei. Und das kann gesagt werden, Leipzig ist radstark unterwegs und die Aktion hat wieder an Beliebtheit und Unterstützung zugelegt. Toll, wie viele Mannschaften sich in diesem Jahr in Leipzig gefunden haben, aus welchen Bereichen sie alle kommen und wie viele MitradlerInnen einige Teams haben.

Unser Team Ampel Grün hat sich achtbar geschlagen - wir stellten mit 51 Mitgliedern das siebtgrößte Team und stehen in der Wertung der 63 Leipziger Teams auf Rang 9 mit 10.461 km. Dass wir als Team AmpelGrün nicht mit Teams wie dem vom UfZ, die 700 Mitarbeiter haben, oder dem CCC mithalten können, ist daher alles andere als tragisch, sondern ein schöner Erfolg dieser Kampagne. In der Endwertung der 57 Teilnehmerstädte liegt Dresden vor Leipzig und Tübingen. Auch in der Kategorie Fahrradaktivstes Kommunalparlament ist Leipzig auf Platz 2, hinter Rheinberg und vor Krefeld. Ein super Ergebnis für Leipzig!

Hauptstadt der Fußballgewalt ohne Fanprojekt?

von Michael Schmidt



Vor anderthalb Jahren widmete sich der Ratschlag bereits der Situation um das Fußballfanprojekt des Leipziger Sportjugend e. V. und regte einen grundlegenden konzeptionellen und strukturellen Neubeginn an. Seit dieser Zeit hat sich einiges getan, das erklärte Ziel ist allerdings noch lange nicht erreicht, stattdessen berichteten die ZEIT und die Süddeutsche Zeitung kritisch über die Situation in der Messestadt.

Der Trägerwechsel zum 1. Juli 2011 sollte eigentlich beschlossene Sache sein, wurde er doch mehrfach vom Jugendhilfeausschuss ohne Gegenstimme und bei nur einer Enthaltung gefordert und zugunsten der Outlaw gGmbH, als deutschlandweit erfahrenem Jugendhilfeträger und seit kurzem auch Träger des Fanprojektes bei Preußen Münster, entschieden. Ebenso beschied auch die Koordinationsstelle Fanprojekte in Deutschland (KOS), welche den Deutschen Fußball-Bund bei der Beurteilung der Projekte berät, der Arbeit des alten Trägers tiefgreifende Defizite in allen Bereichen, welche auch durch das neu eingereichte Konzept nicht behoben werden. Stattdessen sei die „bisherige Arbeit des Fanprojekts im zentralen Themenfeld der Arbeit gegen rechtsextremistische Einstellungsmuster geeignet, zur Verfestigung menschenfeindlicher und rechtsextremer Einstellungsmuster in der Fanszene beizutragen und damit den Zielen innerhalb des Nationalen Konzepts Sport und Sicherheit massiv entgegenzuarbeiten“ (KOS: „Stellungnahme zum Besetzungsantrag der Leipziger Sportjugend e.V. für das Fanprojekt Leipzig“, 20.06.2011).

Die Finanzierung des bisherigen Fanprojektes der Sportjugend wurde infolgedessen zum 30. Juni 2011 eingestellt. Der neue Träger hat bislang seine Arbeit nicht aufnehmen können, weil sich die drei finanzierenden Stellen (Stadt Leipzig, Freistaat Sachsen und DFB) über die zukünftige Trägerschaft nicht einigen konnten. Einzig und allein das Land in Person des Innenministers Ulbig verweigert aus bislang nicht näher benannten Gründen den Übergang des Fanprojektes, sodass die Fanszenen der Leipziger Fußballvereine seit Juli ohne finanziertes Fanprojekt auskommen müssen. Nun mag sich der Eine oder Andere beschweren, dass das Thema politisch instrumentalisiert wird. Hierzu muss man allerdings Anlass, Ziel und Beweggründe kennen. Der Anlass war zweifelsohne die jahrelange zweifelhafte Nähe des Fanprojektes beim 1. FC Lok zu rechten Kräften, welche wiederum den freien Kräften und der NPD zuzurechnen waren - Vorwürfe, die das Fanprojekt nie ausräumen konnte. Zudem bekannte sich der Träger nie zu dem geforderten sozialpädagogischen Konzept und lieferte keine nachvollziehbare Dokumentation der geleisteten präventiven und pädagogischen Jugendarbeit. Das logische Ziel der am Prozess beteiligten politischen Akteure war es demnach, der jahrelangen Stagnation und konzeptionslosen Arbeit ein Ende zu setzen und das mit insgesamt über 200 T € ausgestattete Fanprojekt strukturell und konzeptionell neu aufzustellen. **Beweggrund** des erklärten Ziels ist dabei nicht die Beauftragung bestimmter Personen oder eines bestimmten Trägers, sondern die Übertragung des Fanprojektes auf den einzigen Träger, welcher sich neben der Sportjugend bereit erklärt hat, dieses zu übernehmen. Wenn man zudem die Konzepte beider Träger gegenüberstellt, werden die konzeptionellen Defizite des alten Trägers mehr als deutlich. Dies wird auch durch die eindeutige Einschätzung der KOS untermauert.

Ein Fanprojekt hat nicht politisch zu agieren oder sich instrumentalisieren zu lassen. Es soll aber politische Bildungsarbeit leisten, indem es gesellschaftliche Vorurteile bei den Fangruppen im Keim erstickt, Fremdenhass und Gewaltbereitschaft präventiv mit sozialpädagogischen Maßnahmen begegnet. Das Fanprojekt

unter der Leipziger Sportjugend hat sich aber politisch vereinnahmen lassen, durch rechtsextreme „Fans“ einerseits und durch das Innenministerium und die Polizei andererseits. Einen Neuanfang schafft man nur im gemeinsamen Agieren aller politischen Kräfte. Im Jugendhilfeausschuss wurde dieser gemeinsame Wille bereits mehrfach unter Beweis gestellt.

Bleibt zu hoffen, dass der Freistaat seine Blockadehaltung endlich beendet und dazu beiträgt, in Leipzig, der „Hauptstadt der Fußballgewalt“ (Süddeutsche Zeitung, 14.09.2011), ein sozialpädagogisch orientiertes Fanprojekt zu installieren.

Neues aus dem Stadtrat

Rat folgt bündnisgrünem Änderungsantrag: Stadt informiert künftig zu Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheiden

Ein Antrag der Fraktion Die Linke sah vor, den OBM zu beauftragen, eine Satzung zur Durchführung von Einwohneranträgen, Bürgerbegehren sowie Bürgerentscheiden (Bürgerentscheidssatzung) zur Beschlussfassung dem Stadtrat vorzulegen. In ihrer Begründung verwies die Fraktion auf die Dresdner Bürgerentscheidssatzung. Diese gibt allerdings lediglich die Kommentierung der sächsischen Gemeindeordnung wieder. Damit würde ein Mehr an Demokratie vorgegaukelt, was tatsächlich nicht vorhanden wäre. Den einzigen Spielraum hat der Stadtrat vor Jahren auf Antrag unserer Fraktion bereits ausgeschöpft und das Antragsquorum auf 5 % abgesenkt. Mit den zur Verfügung gestellten Informationen soll es mehr BürgerInnen nun ermöglicht werden, ihr gesetzlich garantiertes Recht auf einen Bürgerentscheid besser zu erkennen und davon Gebrauch zu machen. Der Änderungsantrag wurde mit Mehrheit beschlossen: Die Stadtverwaltung wird deshalb künftig, auf www.leipzig.de und in geeigneter schriftlicher Form (z. B. Faltblatt) über Bürgerbegehren/Bürgerentscheide gebündelt, umfassend und in verständlicher Sprache informieren. Insbesondere sollen die Verfahrensschritte umfassend erläutert werden.

Willkommen: Projekt Stadtrat

von Heike König



Anfang September. Post vom Amt für Statistik und Wahlen - ich soll Nachrückerin für den ausscheidenden Stadtrat Dr. Fanenbruck werden. Eigentlich hatte ich innerlich schon nein gesagt. Der Augenblick war denkbar ungünstig, und ein Ehepaar im Stadtrat ...? In einer Fraktion ...? Nicht optimal. Doch was im Leben ist schon optimal?

Der Stadtrat war immer die einzig denkbare und die interessanteste von allen parlamentarischen Optionen für mich. Wenn mich also die BürgerInnen dieser

Richtige Weichenstellung: Strom zukünftig zu mindestens 50 % aus erneuerbaren Energien

Im Rahmen des European Energy Award hat sich Leipzig das Ziel gesetzt, den Anteil an Strom aus erneuerbaren Energien grundsätzlich zu erhöhen. Die Stadtratsfraktion Bündnis 90/Die Grünen begrüßt nun die Erhöhung auf mindestens 50 %, da es einerseits Stromlieferanten gibt, die Ökostrom zu wettbewerbsfähigen Preisen anbieten, und andererseits auch die letzte Ausschreibung zum geforderten Ökostromanteil von 30 % nicht zu einer erkennbaren Preiserhöhung führte. Allerdings kann nicht ausgeschlossen werden, dass Mehrkosten entstehen könnten. Diese werden laut Verwaltung mit ca. 100 T € pro Jahr eingeschätzt.

Stadt auf einen Nachrückerplatz gewählt haben ... Und wenn ich jetzt nicht wenigstens versuche, was ich immer schon gern tun wollte, wann dann? Da höre ich auch schon: „Ich verpflichte Sie, die Verfassung und die Gesetze zu achten, Ihre Pflichten nach bestem Wissen und Gewissen unparteiisch zu erfüllen. Insbesondere verpflichte ich Sie, das Wohl der Stadt Leipzig und ihrer Einwohnerinnen und Einwohner nach Kräften zu fördern.“

Mandatsübergang in unserer Fraktion

Heike König, Projektmanagerin beim Grünen Ring Leipzig und Nachrückerin über die Liste von Bündnis 90/Die Grünen im Wahlkreis 8 (Möckern, Wahren, Lützschena-Stahmeln, Lindenthal, Gohlis-Süd, Gohlis-Nord), wurde in der Ratsversammlung am 14. September 2011 von Oberbürgermeister Burkhard Jung zur Stadträtin verpflichtet. Sie übernimmt das Mandat von Dr. Oliver Fanenbruck, der die Fraktion aus beruflichen Gründen verlassen hat. Wolfram Leuze: „Dr. Oliver Fanenbruck hat sich als Stadtrat insbesondere für die Menschen im Leipziger Norden eingesetzt. Durch den Ausbau des Flughafens zum

Vereins bin ich dieser Aufgabe bis heute treu geblieben. Aus diesem Engagement resultiert mein europäischer Blickwinkel auf Leipzig. 2009 durfte ich in Berlin den ersten Europäischen Bürgerpreis für diese Städtepartnerschaft und unseren Verein stellvertretend mit entgegennehmen. Neben dem Projekt Großfamilie bin ich auch bei der ISIP Weiterbildungsgesellschaft tätig. Seit fast sieben Jahren bin ich als Projektkoordinatorin zuständig für die

Luftfracht-Drehkreuz sind die Menschen großen, insbesondere gesundheitlichen Belastungen ausgesetzt. Auch weiterhin wird die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen sich der Sorgen und Nöte der Anrainer annehmen und mit unseren Stadträten Bert Sander von der Wählervereinigung Leipzig, Norman Volger und wie bisher auch in meiner Person kompetente und weiterhin engagierte Interessenvertreter an ihrer Seite haben. Die Fraktion freut sich jetzt auf die Zusammenarbeit mit Heike König. Mit ihrer großen Erfahrung und ihrem langen kommunalpolitischen Engagement wird sie unsere Fraktion verstärken.“

Da bin ich also. Heike König, 48, verheiratet, vier Kinder, drei Enkel. Verbunden bin ich der Stadt schon immer. Ich bin hier geboren, hier geblieben, und das wird aller Voraussicht nach auch so bleiben. Bürgerin, nicht nur Einwohnerin, sondern aktiver Teil des Gemeinwesens, das möchte ich sein. Ein politischer Mensch bin ich, von Anbeginn bei Bündnis 90, dann bei Bündnis 90/Die Grünen zu Hause. Ohne Dogmen, aber auch ohne parteipolitische Alternative. Ich begleite die Entwicklung der Stadt seit vielen Jahren, teils beobachtend, doch meist aktiv: als Geschäftsführerin des Kreisverbandes Leipzig von Bündnis 90/Die Grünen von 1993 bis 1997, in den Regionalbüros von Bundestag und Landtag bis 2006, die Neubildung der Schullandschaft nach der Friedlichen Revolution oder die Einführung der Stadtbezirksbeiräte und Ortschaftsräte Mitte der 1990er Jahre. Seit 1997 war es der Aufbau der Städtepartnerschaft zwischen Leipzig und Travník. Als Gründungsmitglied des gleichnamigen

Geschäftsstelle Grüner Ring Leipzig. Der Grüne Ring Leipzig, gerade 15 geworden und nicht in der Pubertät, bearbeitet über die Stadt- und Gemeindegrenzen hinweg viele spannende Themen in den Bereichen Landschafts- und Gewässerentwicklung, und ist ein wirklich großes regionales Netzwerk. Eine meiner beruflich bedingten Perspektiven auf die Stadt Leipzig ist also die regionale. Und ich finde, das Thema Regionalentwicklung kann ein interessanter und noch auszubauender Aspekt in der Stadtratsarbeit sein. Teilhabe an der Demokratie, nachhaltige Regionalentwicklung, europäische Zusammenarbeit, Transparenz im Handeln, Netzwerken, Teamarbeit ... Dinge mit Blick über die Tellerränder scheinen also meine zu sein. Ich hoffe, diese Fähigkeiten und Erfahrungen können im Stadtrat von Nutzen sein, der Stadt zum Nutzen sein. Es kommt auf einen Versuch an. Im Projekt Stadtrat. Auf gute Zusammenarbeit!

Demonstrationsverbot muss ein Einzelfall bleiben

von Norman Volger



Am 20. August 2011 blieben durch das Verbot des rechtsextremen Aufzugs am Völkerschlachtdenkmal aufgrund eines polizeilichen Notstands unserer Stadt die damit verbundenen Begleiterscheinungen glücklicherweise erspart. Waren doch in den letzten Jahren nicht immer nur die friedlichen Demonstranten anwesend. Der Wahrheit ins Auge blickend muss man leider auch feststellen, dass es nicht nur von Seiten der Rechtsextremen gewalttätige Auseinandersetzungen gab. So verwundert es auch nicht, dass die Zahl der Gegendemonstranten rückläufig ist.

Viele LeipzigerInnen, auch aus den Reihen der Grünen und unserer Sympathisanten, begrüßten daher das Verbot durch die Gerichte, wurden sie doch so nicht um ein entspanntes und wohlverdientes Wochenende gebracht und die Stadt dem Ausnahmezustand entzogen. Es gab weder Sachbeschädigungen noch Verletzungen an Personen, noch Behinderungen des Straßenverkehrs. Also alles gut!? Warum sollte man den Nazis auch erlauben, ihre menschenfeindliche Ideologie, noch dazu an so profilierter Stelle wie vor dem Völkerschlachtdenkmal, kundzutun? Einerseits ist das zwar eine menschliche und verständliche Reaktion, andererseits aber etwas kurzsichtig und langfristig sowie ein gefährlicher Weg, den man damit einschlagen würde.

Eines muss uns allen klar sein: Dies war ein Einzelfall und muss auch einer

bleiben. Denn: Begründet wurde das Verbot mit einem polizeilichen Notstand, den ja niemand ernsthaft als Regelfall haben möchte. Daher werden die Rechtsextremen das nächste Mal wohl wieder marschieren dürfen. Hier gilt es dann aber, nicht reflexartig aus Sicherheitsaspekten, aus Kostengründen, aus politischen Weltanschauungen oder gar aus Bequemlichkeit erneut nach einem pauschalen Verbot der Nazidemos zu rufen.

Die freie Meinungsäußerung und die Demonstrationsfreiheit sind ein hohes demokratisches Gut, und gerade die LeipzigerInnen sind vor 22 Jahren dafür auf die Straße gegangen. Also müssen auch andere Meinungen ertragen werden, solange sie sich auf dem Boden des Grundgesetzes bewegen. Und dies tun die Nazis bei ihren öffentlichen Auftritten meist. Würden wir nur aufgrund der Nazis die freie Meinungsäußerung und die Demonstrationsfreiheit einschränken, wären wir genau in die Falle getappt, die sie uns stellen. Wir wären kein Stück besser als ihre Gesellschaftsordnung, die alles „Andersartige“ ablehnt und unterdrückt. Es wäre der erste Schritt weg von einer demokratischen, freien Gesellschaftsordnung hin zu einem autoritären System. Oder anders ausgedrückt: eine Abkehr von den Idealen der Friedlichen Revolution.

Daher sollten die LeipzigerInnen es lieber als gute Tradition betrachten, beim nächsten Aufmarsch der Rechtsextremen in großer Zahl auf die Straße zu gehen, ihr demokratisches Grundrecht, friedlich zu demonstrieren, wahrnehmen und klar machen: Das ist unsere Stadt und ihr seid hier nicht willkommen!

STADTRAT LIVE

Seit Januar berichten wir live und immer aktuell auf unserer Webseite über den Verlauf und die Ergebnisse der Abstimmungen ausgewählter, besonders bedeutsamer Entscheidungen im Stadtrat. Vorab kann die Tagesordnung der Ratsversammlung dort eingesehen werden – danach die zusammengefassten Ergebnisse.

Neues aus dem Stadtrat

Wir sind Fairtrade-Stadt.

Nachdem der Stadtrat unserem Antrag für ein Bewerbungsverfahren als Fairtrade-Stadt im November 2010 gefolgt war, wurden wir am 26. September 2011 schon zertifiziert. Leipzig ist die 54. Stadt in Deutschland, aber immerhin die erste Fairtrade-Stadt in Sachsen. Entsprechend der Einwohnerzahl müssten in Leipzig dafür in mindestens 32 Gastronomiebetrieben und 63 Einzelhandelsgeschäften Produkte aus fairem Handel angeboten werden. Mit insgesamt 135 Läden und Gastronomiebetrieben übertrifft Leipzig diese Vorgabe erheblich. Außerdem zählt zur Zertifizierung auch die Bildungsarbeit und Aktionen, die hier in Schulen und von Vereinen angeboten werden. Die Bewerbung wurde durch eine Steuerungsgruppe unter Leitung des Eine Welt e.V. vorangetrieben. Nähere Informationen: www.fairtrade-leipzig.de

Wasserwirtschaftliche Konditionierung: Auensee wird saniert

Der Zustand des Auensees hat sich in den letzten Jahren immer weiter verschlechtert. Insbesondere nahm der Sauerstoffgehalt immer weiter ab. Es besteht daher dringender Handlungsbedarf. Bereits 2009 hatte der Stadtrat die Verwaltung beauftragt zu prüfen, welche Sanierungsmaßnahmen sie für geeignet hält, um zukünftig Fischsterben im Gewässer nahezu auszuschließen. Es werden nun weitere Gewässerbelüftungsmaßnahmen im Rahmen einer notwendigen wasserwirtschaftlichen Konditionierung in die Wege geleitet und ebenso entsprechend Haushaltsmittel für die nächsten Jahre objektbezogen und damit verbindlich zur Verfügung gestellt.

Interessenten schicken wir gerne aktuell eine E-Mail mit den neuesten Informationen rund um die aktuellen Ratsversammlungen zu. Möchten Sie das Angebot nutzen?

Dann schicken Sie einfach eine kurze Nachricht an gruenefraktion@leipzig.de.

Wir nehmen gerne Anregungen und weiterführende Kritiken zum neuen Angebot entgegen. Also: Klicken Sie sich ein!

Neubau der Sporthalle am Rabet kommt
Weil die sächsische Landesregierung im Doppelhaushalt 2011/2012 keinerlei Fördermittel für den Neubau von Vereinssport-Bauvorhaben eingestellt hatte, wird der Neubau der Sporthalle am Rabet im Leipziger Osten nun für die Stadt Leipzig deutlich teurer als bisher geplant. Bereits 2009 hat der Stadtrat den Neubau der Halle beschlossen, nachdem im März 2008 die Sporthalle in der Konradstraße abbrannte. Die neue Sporthalle wird voraussichtlich 4,47 Mio. € kosten. Die Versicherung wird insgesamt 809 T € zahlen. Außerdem wurden Fördermittel aus dem europäischen Sozialprogramm EFRE ersatzweise beantragt. Diese reichen allerdings nicht aus. Es bedarf eines Nachschlages in Höhe von 750 T €. Die Gelder werden der Allgemeinen Rücklage der Stadt Leipzig entnommen. Die neue Halle soll 2013 in Betrieb genommen werden.

Skaterbahn am Anker wird fertig gestellt

Über einen Artikel in der Zeitung „Viadukt“ des Bürgervereins Möckern/Wahren wurden wir auf den Bau einer Skaterbahn am Renftplatz an der G.-Schumann-Str. aufmerksam, welcher im März 2011 begonnen, dann aber nicht weitergeführt wurde. Auf unser öffentliches Drängen kam nach einigen Monaten Stillstand Bewegung in die Sache, es fanden endlich auch wieder Gespräche zwischen den beteiligten Ämtern, der Geschäftsführerin des soziokulturellen Zentrums Anker und Stadtrat Michael Schmidt statt. Auch wenn es derzeit noch keine sichtbaren Ergebnisse gibt, wurden in einem letzten Gespräch nun wohl alle Hindernisse aus dem Weg geräumt. Demnach sollen im Herbst bereits die Erdarbeiten durchgeführt werden, und bereits Anfang kommenden Jahres soll die Skaterbahn für die Jugendlichen in Möckern bereit stehen. Wenn der Wille da ist, kann also alles doch ganz schnell gehen. Dafür bedurfte es aber (auch) in diesem Fall unseres beherzten Einsatzes. Ärgerlich finden wir vor allem, dass die Verwaltung in dieser Angelegenheit zwischenzeitlich nichts getan hat. Wenn Probleme von der Verwaltung nicht benannt, Zuständigkeiten nicht geklärt werden, kann man auch nicht zielorientiert zusammen arbeiten. Aus unserer Sicht ist es ein verheerendes Bild, das die Verwaltung den in diesem Fall besonders jungen LeipzigerInnen bietet – allen Bemühungen der Verwaltungsspitze um Familienfreundlichkeit zum Trotz.

Wem gehört die Straße?

von Cordula Rosch

Der Antrag unserer Fraktion „Radwegnutzungspflicht nur noch als Ausnahme“ hat eine Diskussion ausgelöst, die bezeichnend für Leipzig ist. Insbesondere in Blogs gehen Gruppen in Stellung gegeneinander. Im Kern wird darum gestritten, wem der Platz auf der Straße gebührt. Es wird mit Sicherheit gegen Recht gestritten, und die Wortwaffen erscheinen wie im Wilden Westen.

Die Stadt Leipzig ist hochbelastet durch den motorisierten Individualverkehr (MIV) mit all seinen Folgewirkungen. Verkehrslärm, Abgase und der enorme Platzbedarf belasten dann alle gleichermaßen, auch die Nichtverursacher. Ist das nicht das Ergebnis der Verkehrspolitik in Leipzig? Das ist tatsächlich die eine Seite, die andere Seite ist weiterhin persönliches Verkehrsverhalten. Änderungsbedarf ist hier wie da auszumachen.

Wir sind viel unterwegs. Wir sind mobil. Wir sind flexibel. Jeder Weg ist individuell und begründet. Die Wahl der Verkehrsmittel dagegen ist noch zu oft unbedacht und von Gewohnheiten geleitet. Das Nutzerverhalten steht in eindeutigem Zusammenhang mit dem Lebensalter. Denn obwohl sich der Radverkehrsanteil seit den 90er Jahren verdreifacht hat, nutzen bei innerstädtischen Fahrten mit 36 % wieder etwas mehr (vor allem ältere) Mitmenschen ihr Auto. („Unterwegs in Richtung Zukunft“, Stadt Leipzig, Verkehrs- und Tiefbauamt, 2008)

Damit es schnell geht, wird dann doch das Auto aus der Parklücke manövriert, und man steht für ein paar Brötchen im innerstädtischen Stau. Und es ziehen die Fahrräder rechts oder links vorbei – das ist doch ärgerlich! Radfahrende empfinden diese Situation eher als Bestätigung ihrer Entscheidung pro Rad. Des einen Freud ist des anderen Leid!? Schon stehen die aggressiven Fronten. Der gegenseitige Ärger auf die jeweils anderen bringt eine unglückliche Härte in unser Verkehrsverhalten und, wie jetzt erlebbar, in die Diskussion um die Radwegnutzungspflicht.

Wem gehört denn nun die Straße? Die Rechtssprechung ist da klar: RadfahrerInnen sind VerkehrsteilnehmerInnen und fahren auf der Straße (§ 2 Abs. 4 StVO). Eine Einschränkung der Nutzung der

Fahrbahn durch Radfahrende ist nur angezeigt, „wenn aufgrund der besonderen örtlichen Verhältnisse eine Gefahrenlage besteht, die das allgemeine Risiko einer Rechtsgutbeeinträchtigung erheblich übersteigt.“ (Zitat: § 45 Abs. 9 S. 2 StVO). Eine „Rechtsgutbeeinträchtigung“ kann mit der Gefahr für Leib, Leben und Dinge umschrieben werden.

Der Antrag der Leipziger bündnisgrünen Fraktion will für die Radfahrenden erreichen, dass die Pflicht, Radwege zu benutzen, aufgehoben wird, sofern das Kriterium der Gefahrenlage nicht oder nicht mehr besteht oder die Anforderungen an Radwege nicht entsprechend sind. Die Einschätzung von Gefahrenlagen nimmt die kommunale Verkehrsbehörde vor. Deren Einschätzungen und Anordnungen hatten bisher zu oft einen begründeten Einspruch des ADFC erregt, welcher auch mit den unnötigen Regulierungen und Einschränkungen für den Radverkehr aufzuräumen will.



Dieser Antrag ist mit Sicherheit nur ein Teil dessen, was nötig sein wird zur weiteren Förderung des Radverkehrs in Leipzig. Die Effekte daraus kämen allen zugute. Denn wer zukünftig sein Auto für kurze Strecken stehen lässt, sorgt nicht nur für sauberere Luft, sondern tut etwas für seine Fitness und dafür, dass es ein bisschen ruhiger wird. Zumal drei von vier Haushalten über ein oder mehrere Fahrräder verfügen. Der Straßenraum ist Lebensraum und kein Kampfgebiet. Wir müssen uns vergegenwärtigen, dass wir keine Gegner auf der Straße sind, sondern mobile Menschen, unterschiedlichen Alters, unterwegs, mit einem Ziel.

13 Monate als Fraktionsassistent – ein Resümee

von Daniel von der Heide

In den letzten 13 Monaten konnte ich die Baufortschritte an dem Gebäude der Stadtbibliothek genau beobachten: Aus dem Fenster meines Platzes in der Fraktionsgeschäftsstelle. Das Gerüst über dem Dach ist bereits abgebaut, sodass ich nicht mehr von den Arbeitern in luftigen Höhen beeindruckt werde, und auch meine Zeit in der Fraktionsgeschäftsstelle als Elternzeitvertretung für Katja Potowsky geht nun im Oktober zu Ende.

In dieser Zeit habe ich Kommunalpolitik sehr intensiv erlebt, nämlich mindestens 40 Stunden pro Woche. Deutlich wurden mir dabei die Möglichkeiten der Kommunalpolitik, die Verhältnisse auf sehr lokalem Raum zu ändern. Z. B. machen auch die 45 T €, die auf Antrag unserer Fraktion für neue Sitzgelegenheiten in der Innenstadt in den Haushalt 2011 eingestellt wurden, einen Unterschied, sobald die neuen Bänke tatsächlich vorhanden sind.

Mindestens genau so deutlich wurden aber auch die Grenzen der Kommunalpolitik: klamme Finanzen, für welche die Kommune nicht immer selbst verantwortlich ist, Gesetze und andere Vorgaben, die von der Bundes- und Landesebene kommen und zumindest in den letzten 13 Monaten nur selten unseren Vorstellungen entsprachen, oder die Grenzen der Politik bei der beinahe täglichen Auseinandersetzung mit der Verwaltung darüber, ob Politik oder Verwaltung die Kommune steuern.

Die politische Steuerung, ein Kernthema der Politikwissenschaft, deren Studium ich während meiner Zeit in der Fraktionsgeschäftsstelle abgeschlossen habe, ist auch Kernproblem der Arbeit in und für die Fraktion. Einmal im Monat bekommen die Fraktionen einen Überblick über die Umsetzung der Ratsbeschlüsse. Die Ergebnisse sind durchwachsen, ob Beschlüsse umgesetzt werden, scheint von vielen Faktoren abzuhängen und ist offensichtlich keine Selbstverständlichkeit, wie man vielleicht von außen erwarten würde. Aufmerksame LeserInnen finden diese Problematik häufig auch in den Ratschlag-Artikeln.

Was kann ich nun für ein Resümee ziehen, was habe ich, außer Kaffeetassen und Kopierpapier, denn bewegt? Es ist nicht

Teil der Aufgabe als Fraktionsassistent, sich Erfolge auf die Fahnen zu schreiben. So kann ich schwer eine Bilanz vor anderen ziehen; letztlich muss man sich ein wenig im Stillen für sich selbst freuen und wissen, welchen Beitrag man zu welchen Themen und Anliegen geliefert hat. Ich habe mit Sicherheit mehr inhaltlich arbeiten können, als mir dies am Anfang angekündigt wurde. Als befristete Elternzeitvertretung hatte ich kein festes Themengebiet und konnte mich daher so frei wie unverbindlich mit Vorlagen, Anliegen und Problemen beschäftigen. Dies hat mir vor allem einen guten Überblick über die Kommunalpolitik insgesamt gebracht. Ich kann nur dafür werben, sich damit, also den Möglichkeiten und Grenzen der Kommunalpolitik zu beschäftigen, z. B. im Rahmen der AG Kommunalpolitik, die ich ins Leben gerufen habe und seit Mai leite.

Zu guter Letzt ist die Hauptaufgabe in der Fraktionsgeschäftsstelle die Kommunikation und, so gut irgend möglich, bei allem was gerade passiert, Bescheid zu wissen oder zumindest zu wissen, wer Bescheid weiß, wer zuständig ist, was zu Thema X besprochen oder Sachstand ist. Diese Aufgabe ist nach außen nicht leicht zu vermitteln. Insbesondere wenn ich gefragt wurde, warum macht denn die Fraktion nicht dies oder verhindert nicht das, konnte ich schlecht den Diskussionsstand in der Fraktion dazu erzählen, musste diesen aber möglichst gut kennen, um innerhalb der Fraktion informiert zu sein und informieren zu können. Auch innerhalb des kleinen Mikrokosmos Fraktionsgeschäftsstelle bedarf es dazu im Grunde permanenter Absprachen.

Die Zusammenarbeit mit meinen Kollegen Ingo Sasama und Cordula Rosch hat mir eigentlich immer großen Spaß gemacht und ich empfand gerade die Tage, an denen man ständig im Büro von einem zur anderen und umgekehrt laufen musste, um Dinge abzusprechen, Informationen zu bekommen und Aufträge zu erhalten, als dynamisch und gut.

Insgesamt war die Zeit in der Fraktion interessant und gut, aber es ist auch kein Drama, dass nun andere Herausforderungen und Erfahrungen auf mich warten.

Wechsel in der Geschäftsstelle

Nachdem die Elternzeit von Katja Potowsky nach der Geburt ihres zweiten Kindes Luzie Ende Oktober zu Ende geht und sie als Referentin wieder „an Bord“ ist, möchten wir uns bei ihrer Vertretung Daniel von der Heide an dieser Stelle ganz herzlich für dessen außerordentlich engagiertes und erfolgreiches Wirken in der Geschäftsstelle bedanken. Er hat sich nicht nur mit seinem stets freundlichen und ausgeglichenen Wesen, sondern auch mit zahlreichen Initiativen und fachlich hochqualifizierten Recherchen und einer guten Organisation eine bleibende Anerkennung erworben. Alles Gute und vielen Dank, Daniel!



Neues aus dem Stadtrat

Verwaltung soll Entwicklungskonzept für Biotopverbund erstellen

In Leipzig gibt es eine Vielzahl von Biotopen, die als wichtiger Lebensraum für verschiedenste Pflanzen und Tiere dienen. Neben dem großen Biotopverbund Auwald, dessen Status als Verbund im Bereich nördlich und südlich des Elsterwehres prekär ist, gibt es dabei auch einige, teilweise sogar nach § 26 SächsNatSchG geschützte, unverbundene Biotope. Die Stadt soll dazu ein Konzept entwickeln, wie man aus diesem „Flickenteppich“ an verschiedenen Biotopen einen Biotopverbund schaffen kann. Eine Verbundfunktion können z. B. auch naturnahe Grünstreifen erfüllen, die zur Wanderung und Verbreitung von in der Region vorkommenden, insbesondere geschützten Tieren geeignet sind. Grünzüge sind auch wichtig für den Erholungswert einer Stadt, verbessern das städtische Kleinklima und mildern die Luftbelastung, sie erhöhen also die Lebensqualität insgesamt.



Ratspfeiß

Nach einem Aufreger von Stadträtin Hollick (Die Linke.) empfahl der OBM dieser nüchtern: „Sie sollen sich nicht aufregen, sondern ihre Hand heben!“

Zur Umbenennung der Eggebrechtstraße auf der Alten Messe beschrieb Fraktionschef Leuze deren Charakter wie folgt: „Das ist die unbedeutendste Straße von Leipzig – da gehen nicht mal Katzen spazieren ...“

Eine ganz eigene Methode der Schadensbehebung schlug Stadtrat Hobusch (FDP) vor, als er die „Beseitigung der Winterstraßen“ forderte.

Nach einem weitgehend wirren Vortrag von Stadtrat Schlegel (Die Linke.) rief SPD-Fraktionschef Dyck diesem zu: „Nun noch mal in einem Satz, was Sie eigentlich von uns wollen.“

Ein Vorschlag zur verdeckten Parteienfinanzierung? Stadtrat Oswald (SPD) schlug vor, „1 Mio. € auf die FDP draufzusatteln.“

Bezeichnender Einblick von Stadträtin Hollick (Die Linke.) in ihr Familienleben: „Ich habe von Herrn Rost (CDU-MdL – d. Red.) mehr Prügel gekriegt, als von meinem Mann zu Hause ...“



RATSREPORTER RUDI BERICHTET EXKLUSIV:

FDP-Stadtrat Hobusch ist weniger durch konstruktive Vorschläge als vielmehr durch seine trivialen Reflexe auf Initiativen der bündnisgrünen Ratsfraktion auffällig. So weit, so schlecht. So zeigte er sich irritiert darüber, dass die Verwaltung auf die kurzfristig nötige Sperrung der für den Radverkehr äußerst wichtigen Rennbahnbrücke und die daraufhin dezidiert geäußerte Kritik von Stadtrat Roland Quester mit einer schnellen Sanierungsankündigung reagierte.

Stadtrat Müller (SPD): „Ich liebe dünne Vorlagen. Sie sind leicht und schnell zu lesen.“

Fragwürdiges Kompliment von Stadtrat Heinrich (CDU) an Stadtrat Herrmann (Die Linke.): „Ich schätze Sie als sehr fleißigen, wenn auch sehr nervenden Stadtrat!“

Wie man sich wohl die Vorstellung von Stadtrat Schlegel (Die Linke.) ausmalen muss, der die Auslieferung der Waren eines möglichen Logistikzentrums „... portionsweise in die einzelnen Kaufhallen geliefert ...“ sehen wollte?

Ansgar König zum Opernwirtschaftsplan: „Kultur ist Daseinsvorsorge für die Seele.“

Als der Stadtrat über das Wagner-Jubiläum entscheiden soll, begründet OBM Jung das geplante Festival folgendermaßen: „Wir kommen zum Geburtstag eines großen Leipzigers, der leider viel zu früh (Anm. d. Red.: mit einem Jahr) weggezogen ist.“

CDU-Fraktionsvorsitzende Grimm zur LWB: „So wie im normalen Leben sei es auch mit den Töchtern der Stadt: Hauptsache gesund!“

Als selbsternannte „geprüfte Hausfrau“ bemerkte Stadträtin Hollick (Die Linke.): „Aufgewärmtes hat einen faden Beigeschmack!“

Seine Kommentierung gipfelte im Ausruf: „Reicht ein Ruf von Ökolöwe Quester, damit die Stadt saniert?“

Prompte Antwort von Roland Quester:

- Der Ökolöwe ist mächtig.
- Die Stadt handelt endlich auf meinen Befehl.
- Aber leider denken Grüne immer an der automobilen Lebenswirklichkeit der Menschen vorbei, von denen 40 % (der Haushalte) in Leipzig gar kein Auto besitzen.
- Dafür ist die FDP eine sachorientierte, unpopulistische Fraktion.
- Und die Erde ist eine Scheibe.

Ratschlag kostenlos!

Möchten Sie den „RATSCHLAG“ regelmäßig mit der Post zugeschickt bekommen? Dann schicken Sie den ausgefüllten Coupon an: Fraktion Bündnis 90/Die Grünen im Stadtrat Leipzig
Stadt Leipzig · 04092 Leipzig

VORNAME, NAME

STRASSE

ORT

PLZ

oder senden Sie eine email an:
GrueneFraktion@Leipzig.de

Impressum

Herausgeber:
Fraktion Bündnis 90/Die Grünen
im Stadtrat Leipzig
Neues Rathaus / Zimmer 103
Martin-Luther-Ring 4 - 6
04109 Leipzig
Tel: 123-2179 / Fax: 123-2175
E-Mail: GrueneFraktion@leipzig.de
www.gruene-fraktion-leipzig.de

Konto für „Ratschlag“:
Stadt- und Kreissparkasse Leipzig
BLZ 860 555 92
Konto-Nr. 1194900638

Redaktion:
Ingo Sasama (V.i.S.d.P.), Cordula Rosch,
Daniel von der Heide

Fotos und Abbildungen:
S.9-Matthäuspension, Peter René Lüdicke
© R.Arnold/Centraltheater/S.7-Bundesarchiv, Klaus Franke 1986/ M. Ritzmann,
DesignersOpen S.8/comcores/Fraktionsgeschäftsstelle

Druck:
Druckerei Hennig, 04416 Markkleeberg
Magdeborner Straße 7,
Auflage: 1.800



Wolfram Leuze
Fraktionsvorsitzender

Jurist i. R.
Jahrgang 1939
verheiratet
2 Kinder

FA Kultur (Vorsitzender), Verwaltungsausschuss, Ältestenrat, FA Finanzen, BA Kulturstätten, AR LVV, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, Kinder- und Familienbeirat



Annette Körner
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Betriebliche Umweltbeauftragte, Geschäftsführerin Förderverein UiZ
Jahrgang 1962
3 Kinder

Jugendhilfeausschuss / + UA Finanzen, FA Wirtschaft und Arbeit, Vergabegremium VOB, Umlegungsausschuss, AR LWB, VV ZV Stadt- und Kreissparkasse, VV ZV Parthenaue, Migrantenbeirat



Katharina Krefft
Stellvertretende Fraktionsvorsitzende

Ärztin
Jahrgang 1978
verheiratet
3 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, AR BBVL, AR St. Georg, AR Städt. Altenpflegeheime, Gleichstellungsbeirat



Norman Volger
Stellvertretender Fraktionsvorsitzender

Geschäftsführer DAKS e. V.
Jahrgang 1978
verheiratet
1 Kind

FA Umwelt/Ordnung, FA Jugend, Soziales, Gesundheit und Schule, Vergabegremium VOL, AR KWL, AR BBVL, Tierschutzbeirat



Heike König

Projektmanagerin
Jahrgang 1962
verheiratet
4 Kinder

Grundstücksverkehrsausschuss, Rechnungsprüfungsausschuss, BA Stadtreinigung und Bestattungswesen, AR Stadtwerke, AR Gewerbehof + Service GmbH, VV ZAW



Ansgar Maria König

Sänger
Jahrgang 1960
verheiratet
4 Kinder

BA Kulturstätten, FA Wirtschaft und Arbeit, BA Jugend, Soziales, Gesundheit, Bewertungsausschuss AR LVB, AR LEVG + LEVG & Co. KG, Leipziger Stiftung InnoTec, Regionaler Planungsverband Westsachsen



Roland Quester

Leiter der Leipziger Umweltbibliothek
Jahrgang 1965
Lebensgemeinschaft
4 Kinder

FA Stadtentwicklung und Bau (Vorsitzender), AR Stadtwerke, VV ZV Neue Harth, Kinder- und Familienbeirat



Malte Reupert

Bio-Landwirt
Inhaber „Biomare“
Jahrgang 1970
Patchwork-Familie
4 Kinder

FA Finanzen, FA Umwelt und Ordnung, Rechnungsprüfungsausschuss, AR PUUL, AR LVV



Bert Sander
(WVL)

Freiberuflicher Lektor
Dozent
Jahrgang 1960
verheiratet
2 Kinder

Verwaltungsausschuss, FA Kultur, FA Allgemeine Verwaltung, FA Stadtentwicklung und Bau, AR Zoo, VV ZV Kulkwitzer See



Ingo Sasama

Fraktionsgeschäftsführer
Jahrgang 1960
verheiratet
3 Kinder

Grundstücksverkehrsausschuss, FA Sport, FA Allgemeine Verwaltung, Petitionsausschuss, AR LWB, AR LECOS



Michael Schmidt

Arbeitnehmerberater
Jahrgang 1977
Lebensgemeinschaft
2 Kinder

Jugendhilfeausschuss, FA Sport, BA Jugend, Soziales, Gesundheit, AR Sportbäder, AR LVB



Katja Potowsky

Referentin
Jahrgang 1977
Lebensgemeinschaft
2 Kinder

AG Straßenumbenennungen, Wahlkommission, Stadtbezirksbeirat Alt-West



Cordula Rosch

Referentin
Jahrgang 1968
verheiratet
3 Kinder

Stadtbezirksbeirat Südwest, Fachforum Wohnhilfen, AG Recht auf Wohnen

Legende:

- FA = Fachausschuss
- BA = Betriebsausschuss
- AR = Aufsichtsrat
- VV = Verbandsversammlung